



# Stellungnahme des Zukunftsforum Familie e.V.

zum Impulspapier der SPD  
Programmkommission  
"Fortschritt und Gerechtigkeit -  
Chancen für alle"

09. Dezember 2016



zukunftsforum  
familie e.v.

Zukunftsforum Familie e.V.  
Markgrafenstraße 11  
10969 Berlin

Telefon: 030 2592728-20  
Telefax: 030 2592728-60  
info@zukunftsforum-familie.de  
[www.zukunftsforum-familie.de](http://www.zukunftsforum-familie.de)

# 1. Anlass

Das Zukunftsforum Familie e.V. (ZFF) bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme im Rahmen des Verbändedialogs des SPD Parteivorstandes am 19.12.2016 in Berlin zum Thema „Wir schreiben Zukunft. Dialog zum Thema Kinder, Jugend, Familie“. Die Grundlage bildet das Impulspapier der Programmkommission der SPD „Fortschritt und Gerechtigkeit – Chancen für alle“ in Vorbereitung auf das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017.

Das ZFF nimmt diese Gelegenheit gerne wahr, um seinen weiten und zugleich verbindlichen Familienbegriff zu unterstreichen: „Familie ist überall dort, wo Menschen dauerhaft füreinander Verantwortung übernehmen, Sorge tragen und Zuwendung schenken.“ Das ZFF freut sich sehr, dass dieser Begriff, wie in der SPD ja seit langer Zeit, explizit in dem Impulspapier aufgegriffen worden ist! Dieses Verständnis eröffnet die Möglichkeit, den Blick auf die tatsächlich gelebten Realitäten innerhalb von Familien zu richten und diese Vielfalt zu ermöglichen, anstatt sie zu normieren. Familienpolitik wird somit gesellschaftliche Querschnittspolitik und hat die zentrale Aufgabe, Sorge und Sorgearbeit („Care“) für alle gut zu gestalten.

Das ZFF begrüßt es daher sehr, dass das Thema Familie sowohl im Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit (Abschnitt A), als auch im Hinblick auf das gute Leben in einer fortschrittlichen Gesellschaft (Abschnitt B) diskutiert wird. Denn Familienleben braucht beides – gesellschaftliche Solidarität und soziale Gerechtigkeit sowie einen Arbeitsmarkt und eine digitalisierte Welt, die die familiären Aufgabe, nämlich Sorgeverantwortung zu übernehmen, nicht ausblenden.

## 2. Ausgangspunkt: Familien unter Druck

Das ZFF teilt die Analyse, dass Familien heute oftmals unter enormer Zeitnot leiden. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Sorgeverantwortung setzt alle Mitglieder einer Familie unter Druck. Die Folge ist, dass v.a. Mütter ihre Erwerbswünsche nur eingeschränkt erfüllen können. Gleichzeitig gelingt es Vätern nicht, ihre wöchentliche Arbeitszeit so zu reduzieren, dass sie partnerschaftlich an der Sorgearbeit teilhaben, obwohl sie dies mehrheitlich wollen.<sup>1</sup>

Stress und familiäre Belastung besteht jedoch nicht nur in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Heute wachsen rund 15 Prozent der Kinder in Armut auf.<sup>2</sup> Die Hälfte aller Kinder im Sozialleistungsbezug leben in Haushalten von Alleinerziehenden. Ebenso sind Familien mit drei oder mehr Kindern sowie Familien mit Migrationshintergrund von einem höheren Armutsrisiko bedroht oder von Armut betroffen.

Stress, mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine größer werdende wirtschaftliche Verunsicherung führen dazu, dass Menschen heute ihre Kinderwünsche nur eingeschränkt erfüllen.<sup>3</sup> Als ZFF fordern wir, dem entgegenzutreten und den

---

<sup>1</sup> BMFSFJ 2015: Dossier Väter und Familie.

<sup>2</sup> Bertelsmann Stiftung 2016: Armutsfolgen für Kinder und Jugendliche.

<sup>3</sup> BMFSFJ 2015: Familienreport 2014.

Menschen das Vertrauen darauf zu schenken, dass es Freude bereitet, in Familie zu leben!

**Im Folgenden werden wir zu den einzelnen in dem Impulspapier angesprochenen Aspekten Stellung nehmen und die politischen Reformideen aus unserer Sicht beurteilen.**

### 3. Eine Familienpolitik, die Fortschritt und Gerechtigkeit bietet und Chancen für alle eröffnet

#### 1. Kinderarmut effektiv und nachhaltig bekämpfen

Das ZFF begrüßt es ausdrücklich, wenn Familienleistungen sozial gerecht ausgestaltet werden sollen. Wir teilen die in dem Impulspapier geäußerte Auffassung, dass es ungerecht ist, wenn heute v.a. Familien mit höherem Einkommen von den steuerlichen Freibeträgen profitieren. Ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld, welches mit dem Kinderzuschlag zusammengeführt wird, ist ein Schritt in die richtige Richtung, um Kinderarmut zu verhindern. Allerdings vermissen wir an dieser Stelle weiter gehende Vorschläge: Da sowohl das Kindergeld als auch der Kinderzuschlag auf Grundsicherungsleistungen nach dem SGB II/XII angerechnet werden, würden von einer solchen Zusammenführung Familien mit sehr geringem bzw. ohne Einkommen nicht profitieren. Hier braucht es deutlich mehr Mut! Zum einen ist es dringend notwendig, das Existenzminimum von Kindern statistisch präziser und ohne willkürliche Eingriffe zu bemessen.<sup>4</sup> Dieses gilt insbesondere auch für die soziokulturellen Teilhabebedarfe, die mit aktuell 19 Euro/Monat deutlich zu niedrig angesetzt sind. Zum anderen ist es wichtig, dieses soziokulturelle Existenzminimum allen Kindern sicher zu garantieren. **Gemeinsam mit vielen weiteren Verbänden streiten wir daher für die Zusammenlegung der pauschal bemessenen Transfers in eine KINDERGRUNDSICHERUNG in Höhe von derzeit 584 Euro (384 Euro derzeitiges physisches Existenzminimum zzgl. 180 Euro für Bildung, Erziehung und Ausbildung). Diese soll mit steigendem Einkommen sinken bis auf die Höhe der derzeit maximalen Entlastungshöhe des Kinderfreibetrags von 286 Euro.**<sup>5</sup> In diesem Zusammenhang verweisen wir auf das aktuelle Steuerkonzept der Jusos „Trendwende“, in welchem gefordert wird, kurzfristig die „wirklichen Bedarfe von Kindern im Rahmen von Harz IV“ zu berücksichtigen und langfristig eine Kindergrundsicherung einzuführen.<sup>6</sup>

Die Idee, den derzeitigen Steuerfreibetrag für Alleinerziehende in einen Steuerabzug umzuwandeln unterstützen wir ausdrücklich, da dies v.a. geringe Einkommensgruppen erreicht. Ebenso halten wir die Reform des Unterhaltsvorschuss für dringend geboten.

---

<sup>4</sup> s. Stellungnahme des ZFF vom 14. 09.2016 zum „Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen sowie zur Änderung des Zweiten und des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch“; darin fordern wir u.a. die Bildung einer Referenzgruppe zur Bestimmung des Familien-Regelbedarfs oberhalb der untersten 20% der Einkommensbezieher\*innen, um verdeckte Armut nicht mit zu erfassen; <http://www.zukunftforum-familie.de/infocenter/stellungnahmen>.

<sup>5</sup> zum Modell der KINDERGRUNDSICHERUNG s. [www.kinderarmut-hat-folgen.de](http://www.kinderarmut-hat-folgen.de).

<sup>6</sup> Jusos 2016: Trendwende. 3 mal 30 plus. Das Steuerkonzept der Jusos für Bildung, Umwelt und soziale Sicherung.

Erste Schritte ist die Bundesregierung durch den steten Druck der Bundesfamilienministerin bereits gegangen. **Um Gleichberechtigung mit Empfänger\*innen von regulärem Unterhalt herzustellen ist es in einem nächsten Schritt zur Reform des Unterhaltsvorschusses wichtig, nur das halbe Kindergeld anzurechnen sowie die Schnittstelle zum SGB II/XII in den Blick zu nehmen.**

## **2. Gerechte Steuern**

Das ZFF unterstützt den Ansatz, Kinder auch steuerpolitisch in den Mittelpunkt zu stellen und nicht die Ehe. Zwar sind mit 69% nach wie vor die meisten Eltern kleiner Kinder miteinander verheiratet,<sup>7</sup> jedoch ist dies längst nicht mehr der Normalfall – und wird es in Zukunft noch weniger sein. Einen Familientarif bzw. eine steuerliche Kinderkomponente halten wir für den richtigen Weg, um deutlich zu machen, dass wir als Gesellschaft vordringlich die Sorge für andere im Blick haben sollten. Wir sind gespannt auf weitere Vorschläge, die diese Idee konkretisieren. **Hier würden wir uns wünschen, dass das Ehegattensplitting nicht nur modernisiert, sondern für künftig geschlossene Ehen gänzlich entfallen sollte – zu Gunsten einer Individualbesteuerung mit übertragbaren Grundfreibeträgen und somit der Anerkennung von Sorgeverantwortung. Dies böte die Möglichkeit, künftig auch über die Kindererziehung hinaus Sorgeverantwortung steuerlich zu berücksichtigen.**

## **3. Zeit für Familie schaffen, Partnerschaftlichkeit fördern und Sorgearbeit absichern**

Das ZFF freut sich sehr, dass in dem Impulspapier ein großer Schwerpunkt auf die zeitliche Entlastung von Familien gelegt wird und Partnerschaftlichkeit in der Aufteilung von Erwerbs- und Sorgearbeit gefördert werden soll. Die meisten jungen Paare wünschen sich heute eine gleichberechtigte Elternschaft, jedoch realisieren dies nur die wenigsten.<sup>8</sup> Die Idee, den Ansatz des ElterngeldPlus und der Partnermonate weiterzudenken und eine Familienarbeitszeit mit Familiengeld einzuführen, findet unsere volle Unterstützung! Indem eine pauschale Leistung von 300 Euro (150 Euro pro Elternteil) ausgezahlt und ein klarer Arbeitszeitkorridor vorgegeben wird, der nicht zu niedrig liegt, kann ein solches Familiengeld nicht nur Partnerschaftlichkeit fördern, sondern auch die Erwerbsbeteiligung von Frauen langfristig erhöhen und so zu mehr Geschlechtergerechtigkeit beitragen.

Die Entwicklung eines Wahlarbeitszeitgesetzes halten wir für den richtigen Ansatz, um allen Beschäftigten ein besseres Verhältnis von Arbeits- und Familienzeit zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang verweisen wir auf den Beschlussvorschlag der SPD-Bundestagsfraktion, welcher aus dem Projekt „Zukunft #Neue Gerechtigkeit“ entstanden ist.<sup>9</sup> „Wahlarbeitszeit-Korridore“ ermöglichen es, in regelmäßigen Abständen die wöchentliche Arbeitszeit individueller abzusenken oder wieder aufzustocken. Hierdurch entstehen „atmende“ Arbeitszeiten. Die Aushandlung der Korridore auf betrieblicher bzw. Branchenebene ermöglicht es zudem, auch die Beschäftigten von kleineren und Kleinstbetrieben miteinzubeziehen und somit eine

---

<sup>7</sup> Mikrozensus 2014.

<sup>8</sup> 60% der Eltern mit Kindern zwischen einem und drei Jahren wünschen sich, dass beide Partner\*innen im gleichen Umfang erwerbstätig sind und sich Haushalt und Familie partnerschaftlich teilen; BMFSFJ 2014: Dossier Müttererwerbstätigkeit.

<sup>9</sup> Beschlussvorlage der SPD Bundestagsfraktion vom 08. November 2016: Projekt Zukunft #Neue Gerechtigkeit: Künftige Schritte einer nachhaltigen, partnerschaftlich orientierten und familienfreundlichen (Arbeits-)Zeitpolitik.

Wahlarbeitszeit zu ermöglichen. Darüber hinaus sollte den in dem Papier entwickelten Modelle für die bessere Nutzung von Langzeit-Arbeitszeitkonten gefolgt werden.

**Darüber hinaus müssen aber auch unabhängig von der Erwerbsarbeit und dem Einkommen der Haushalte bestimmte Zeiten für Sorgearbeit besser finanziell abgesichert werden. Modelle wie „Carezeit-Budgets“ oder „Familienfindungsphase“ bieten hier unserer Ansicht nach eine gute Orientierung.**

Als ZFF unterstreichen wir die Bedeutung einer Reform des Teilzeit- und Befristungsgesetzes hin zu dem Recht auf Wiederaufstockung der wöchentlichen Arbeitszeit nach familienbedingter Teilzeit.

Die Idee, das Familiengeld auch für pflegende Angehörige weiterzuentwickeln und mit einem Pflegezeitbudget zu versehen, findet unsere volle Unterstützung! **In der Weiterentwicklung fordert das ZFF bereits seit Langem eine Pflegezeit analog zur Elternzeit/zum Elterngeld, um den Aufwand, den die Pflege von Angehörigen mitunter macht, zumindest im Ansatz abzufedern.**

**Darüber hinaus gilt es insbesondere für die Pflege von Familienangehörigen eine Entlastungsinfrastruktur auf- bzw. auszubauen: Es braucht eine deutlich bessere Verwaltungsunterstützung, Entbürokratisierung und psycho-soziale Begleitung von pflegenden Angehörigen im Sozialraum. Der Bund kann hier durch entsprechende Programme und finanzielle Unterstützung die Kommunen in die Lage versetzen, eine entsprechende Struktur (weiter) zu entwickeln.**

In der Debatte um familienfreundliche Infrastruktur dürfen wir Familien im ländlichen Raum nicht aus den Augen verlieren. Diese sind zeitlich zusätzlich durch lange Wege belastet. Entlastung kann hier der **Auf- bzw. Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs schaffen, für den auch der Bund Geld bereitstellen sollte.**

Neben der Sorgearbeit in der Familie muss die hauptamtlich geleistete Arbeit besser als bisher abgesichert werden. Das Ziel „gute Arbeit und gerechte Löhne“, welches in dem Impulspapier genannt wird, findet daher unsere volle Unterstützung. Insbesondere in sozialen Berufen, in denen überproportional viele Frauen beschäftigt sind, halten sich die Löhne auf niedrigem Niveau, wenngleich die Anforderungen (bspw. für Erzieher\*innen) stetig steigen. **Als ZFF meinen wir, dass ein eigenständiger Tarifvertrag Soziales die Arbeits- und Lohnentwicklungen dieser Berufsfelder besser in den Blick nehmen kann.**

#### **4. Bildung und Betreuung ausbauen und qualitativ absichern**

Ein umfangreiches und qualitativ hochwertiges Angebot an Bildung und Betreuung trägt entscheidend dazu bei, die Verwirklichungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern und gleichzeitig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Aus der Gesamtevaluation der ehe- und familienbezogenen Leistungen wissen wir, wie wirkungsmächtig der Ausbau der Kindertagesbetreuung für das Familienleben sowie die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen ist. Doch nach wie vor erleben Familien häufig einen eklatanten Bruch in der Betreuungskette, wenn die Kinder in die Schule kommen. Vor diesem Hintergrund begrüßt das ZFF den mutigen Vorschlag der SPD, bis zum Jahr 2021 den Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung in der Schule (im Primarbereich) einzuführen, ausdrücklich! Es kann davon ausgegangen werden, dass ein solcher Anspruch zu einer ähnlichen

Ausbaudynamik führt, wie seinerzeit der Rechtsanspruch auf den Platz in der Kindertagesbetreuung.

Darüber hinaus unterstreichen wir die Rolle der Kindertagesstätte in der frühkindlichen Bildung und unterstützen das Vorhaben, den gesamten Bildungsverlauf – von der Kita über das Studium bis hin zur Meisterfortbildung gebührenfrei zu stellen. **Allerdings muss aus unserer Sicht darauf geachtet werden, dass die Gebührenfreiheit (vor allem in Kindertagesstätte und Kindertagespflege) nicht zu Lasten einer besseren Qualität geht.**

Gleichzeitig müssen Bildungsprozesse über den Lebensverlauf hinweg gedacht werden: Nicht zuletzt auf Grund der Digitalisierung in der Arbeitswelt werden Weiterbildungsangebote künftig wichtiger denn je. Umso mehr unterstützen wir die Weiterentwicklung der Arbeitslosen- zu einer Arbeitsversicherung, welche auch berufsbegleitend Möglichkeiten zur Weiterqualifizierung absichert.

## **5. Vielfalt von Familien und Lebensphasen absichern**

Familie ist gelebte Vielfalt, seit jeher! Umso mehr begrüßen wir die Aussagen in dem Impulspapier, der Vielfalt von Familienleben noch stärker Rechnung tragen zu wollen. Die Aufnahme der sexuellen Identität in Art. 3 des Grundgesetzes, die Öffnung der Ehe und der Fremdkind-Adoption für gleichgeschlechtliche Paare und, wie oben bereits genannt, die Abkehr von einem Familienmodell, welches (u.a. steuerrechtlich) die Ehe als den Normalfall setzt, sind aus unserer Sicht längst überfällige Schritte. Gleichzeitig kann der „Jugend-Check“ der eigenständigen Lebensphase der Jugend stärkeres Gewicht verleihen, wenn er, wie bisher geplant, durch eine eigenständige und unabhängige Kommission verstärkt wird. Auch die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für Bundestagswahlen trägt dieser Haltung Rechnung!

**Das ZFF betont darüber hinaus das Recht auf eine Familie für alle Menschen, unabhängig von sexueller Identität und Orientierung. Dies beinhaltet auch, dass Kinderwunschbehandlungen bzw. reproduktionsmedizinischen Verfahren, soweit sie ethisch vertretbar sind, nicht von der finanziellen Leistungsfähigkeit der\*des Einzelne\*n abhängig sein dürfen.**

**Darüber hinaus schließt der Ansatz der Inklusion die Selbstverständlichkeit mit ein, dass Menschen mit Behinderungen nicht nur in Familien leben, sondern auch selbst Familien gründen. Hier fehlen uns in dem Impulspapier Ansätze zu einer besseren Begleitung und Unterstützung.**

## **6. Digitalisierung für alle positiv gestalten**

Die Digitalisierung von Arbeit und privater Lebenswelt führt bereits seit einiger Zeit zu tiefgreifenden Veränderungen in unserem Leben. Insbesondere in der Arbeitswelt erleben wir Prozesse der Verdichtung, der Entgrenzung, der Automatisierung, aber auch der zunehmenden Flexibilisierung. Digitalisierung bietet damit für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine Reihe von Chancen aber auch große Risiken.

Nach wie vor ist der Zugang zu monetären Familien- oder Sozialleistungen stark an dem Modell eines sozialversicherungspflichtigen Erwerbseinkommens orientiert. Dem gegenüber stehen Entwicklungen zu mehr freiberuflicher Arbeit im Zuge der Digitalisierung. Unter anderem bei der Reform des Mutterschutzgesetzes haben wir gesehen, wie schwierig es ist, Solo-Selbstständige in ein verbindliches System der

Absicherung zu integrieren. **Das ZFF freut sich sehr, dass das Thema in dem Impulspapier aufgegriffen wird, wünscht sich jedoch konkretere Vorschläge zur Umsetzung nach der Bundestagswahl 2017.**

**Hierzu gehört für uns bspw. auch, für freiberuflich bzw. selbstständig arbeitenden Menschen den Zugang zu Weiterbildungsangeboten zu verbessern und auf der Ebene des Gesetzgebers dafür zu sorgen, dass Mindestlohn und Arbeitszeitregelungen auch in Dienstleistungsverträgen eingehalten werden müssen.**

Im Zuge der Digitalisierung erkennen wir zudem die Gefahr, dass sich Geschlechterungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verstärken und privat und unentgeltlich geleistete Sorgearbeit wieder zunehmend auf die Schultern der Frauen verlagert werden: In den Tätigkeiten, die einem hohen Automatisierungsrisiko unterliegen, sind heute überwiegend Frauen beschäftigt. Gleichzeitig ist das Lohnniveau in den Berufen, die einem geringen Automatisierungsrisiko unterliegen und in denen überproportional viele Frauen beschäftigt sind (Erziehungs- und Pflegeberufe) niedrig.<sup>10</sup> **Initiativen zur Entgeltgleichheit, die finanzielle Aufwertung von sozialen Berufen sowie der verbesserte Zugang zu Weiterbildungsangeboten sind daher, insbesondere für Frauen, dringend geboten!**

Nach wie vor ist der Zugang zu digitalen Medien stark von der sozialen Lage abhängig. So nutzen 82 % der Männer, aber nur 72 % der Frauen, 95 % der Menschen mit Abitur aber nur 59% der Menschen mit Hauptschulabschluss, 95 % der Haushalte mit einem Monatseinkommen von über 3.000 Euro/Monat aber nur 52% der Haushalte mit weniger als 1.000 Euro/Monat und 98% der 14-19 jährigen aber nur 30% der über 70 jährigen Menschen das Internet. **Das ZFF erhofft sich in der nächsten Legislaturperiode Anstrengungen, diese „digitale Spaltung“ der Gesellschaft zu schließen und den Internetzugang für alle zu gestalten.**<sup>11</sup>

Das ZFF unterstützt die Idee eines Rechtes auf mobiles Arbeiten sowie den Ansatz, gleichzeitig die Mitbestimmungsrechte zu stärken. Nur so kann einer Ausbeutung vorgebeugt werden und die Digitalisierung Chancen bereithalten, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf flexibler und entlastender zu gestalten.

## **7. Familienleben in der Einwanderungsgesellschaft möglich machen**

Das ZFF begrüßt das Vorhaben eines Einwanderungsgesetzes ausdrücklich! Viele Menschen, die nach Deutschland einwandern, können nicht zuletzt auf Grund unklarer Perspektiven ihr Familienleben nicht verwirklichen. **In diesem Zusammenhang plädiert das ZFF dafür, den Familiennachzug als eine der wenigen legalen Möglichkeiten der Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU offen zu gestalten. Die Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär geschützte Geflüchtete sowie die Voraussetzung eines Sprachnachweise für nachziehende Ehepartner\*innen sind aufzuheben. Zudem sprechen wir uns für die Ausweitung des Familiennachzugs für Familienangehörigen 2. Grades (Geschwister) aus, bspw. um einer Pflegeverantwortung nachkommen zu können.**

---

<sup>10</sup> Dr. Grabka, Markus (SOEP/DIW) 2016: „Genderspezifische Verteilungseffekte der Digitalisierung“. Vortrag im Rahmen der Tagung „Arbeit 4.0 – Blind Spot Gender“ / 3. Gender Studies Tagung des Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin und der Friedrich Ebert Stiftung am 22.09.2016.

<sup>11</sup> Quelle: D21-Digital-Index 2015: <http://www.initiated21.de/portfolio/d21-digital-index-2015>.

## 8. Kinderrechte sichern

Das Vorhaben, das Familienrecht weiterzuentwickeln und dabei das Wohl des Kindes in den Mittelpunkt zu stellen, erfährt die volle Unterstützung des ZFF! Die nach der VN-Konvention garantierten Rechte des Kindes gehören in das Grundgesetz. Sie definieren Kinder und Jugendliche als Träger eigenständiger Rechte und Ansprüche und stellen sicher, dass Kinder an ihnen betreffenden Entscheidungen ausreichend zu beteiligen sind. Das eigenständige Recht der Kinder steht dabei unabhängig von Elternrechten und/oder deren Willen.

## 4. Gegen Rassismus und für die Freiheit!

Das ZFF unterstreicht die in dem Impulspapier formulierte Forderung, dass wir eine „neue Kultur der Vernunft, des Zusammenhalts und des Anstands“ brauchen und uns entschieden Rechtspopulisten und Rechtsradikalen entgegen stellen müssen! Wir unterstützen die Absicht, dem „eine Politik, die den Zusammenhalt in der ganzen Gesellschaft fördert“ entgegenzusetzen. Dabei kommt der Familienpolitik eine besondere Rolle zu: Wenn wir es schaffen, den Menschen wieder das Vertrauen darauf zurück zu geben, dass die Übernahme von Sorgeverantwortung beispielsweise durch die Gründung einer Familie nicht in existenzielle Not oder kaum zu bewältigenden Zeitstress führt, sondern Glück bringt und gesellschaftlich wertgeschätzt wird, dann entziehen wir rechter Politik den Boden. Auch das ZFF setzt sich dies im Wahljahr 2017 als einen Schwerpunkt seiner Arbeit.

## 5. Abschluss und Bewertung

Das ZFF teilt mit der SPD die Analyse der Belastungen, denen Familien heute ausgesetzt sind. Das Impulspapier der Programmkommission „Fortschritt und Gerechtigkeit – Chancen für alle“ zeigt, dass die SPD die Familien im Blick hat: sozialer Druck, Zeitstress und Überforderung prägen den Alltag vieler Menschen, die Sorgeverantwortung übernehmen. Gleichzeitig ändern sich die Wünsche und Bedürfnisse und viele Familienmitglieder, insbesondere Eltern, wollen sich Sorge- und Erwerbsarbeit partnerschaftlich aufteilen.

Das ZFF begrüßt aus diesem Grund die zeitpolitischen Initiativen, die sich die SPD in ihr Regierungsprogramm schreiben möchte, insbesondere die Familienarbeitszeit und Wahlarbeitszeit-Korridore. Auch die Konzepte zur Weiterentwicklungen der Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur finden unsere Unterstützung, allem voran der Rechtsanspruch auf die Ganztagsbetreuung in der Schule! Um der Vielfalt familiären Lebens Rechnung zu tragen, halten wir ebenso die geplante Angleichung des Steuerrechts an die tatsächlichen gelebten Familienverhältnisse für einen Schritt in die richtige Richtung.

Das ZFF wünscht sich von der SPD jedoch an manchen Stellen weiter gehende Konzepte; dies betrifft insbesondere die Bekämpfung der Kinder- und Familienarmut. Die Weiterentwicklung des Kindergeldes und des Familienzuschlags sind wichtige erste



Schritte, um für einige Familien ein weiteres Absinken in Armut zu verhindern. Für Familien, die aktuell im SGB II/XII-Bezug sind, bleiben diese Instrumente jedoch weitgehend wirkungslos. Eine einkommensabhängige Kindergrundsicherung würde der Armut entschieden entgegen treten und gleichzeitig für mehr soziale Gerechtigkeit sorgen!